Nr. 459 B 227 Abend-Ausgabe

Berlin

Sonnabend, 28. September 1929 V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch. Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Verhandlungen über Streichhölzer

Ein Angebot Kreuders

Die „B. Z. am Mittag" hat heute die Nachricht veröffentlicht, daß der weltbekannte schwedische Streichholzindustrielle Ivar Kreuger sich auf der Reise nach Berlin befindet, um mit dem Reichswirtschaftsministerium Verhandlungen aufzunehmen, die einer Umwandlung der Situation in der deutschen Zündholzindustrie dienen sollen. Angeblich geht die Absicht Kreugers dahin, stärkere Rechte auf die Preisbestimmung der deutschen Zündholzfabrikate eingeräumt zu erhalten. Er will dagegen, ähnlich wie er es in anderren Ländern teils angeboten, teils ausgeführt hat, der Regierung eine größere Anleihe zu billigen Bedingungen zur Verfügung stellen. Es ist in diesem Zusammenhang die Summe von 150 000 Dollar genannt worden.

Aus der Meldung der „B. Z." entnehmen wir die immerhin interessante Tatsache, daß der schwedische Zündholzkönig nach Berlin unterwegs ist, um hier seine Pläne vorzutragen. Welches die Pläne sind, kann im Augenblick dahingestellt bleiben. Denn es ist ja nicht wichtig, was Herr Kreuger will, sondern es ist wichtig, was die deutsche Regierung will. Darüber besteht nun wohl kaum ein Zweifel, daß ein Privatmonopol unter schwedischem Einfluß kaum zu den Dingen gehören wird, die die jetzige Reichsregierung in Deutschland einzuführen beabsichtigt. Keine Partei wäre dafür zu haben. Schon deshalb nicht, weil damit die in voller Oeffentlichkeit vor ein paar Jahren aufgebaute planmäßige Organisation der deutschen Zündholzindustrie in jedem Betracht demontiert werden würde. Damals hat der eRichswirtschaftsminister den eRichswirtschaftsrat um ein Gutachten über die Lage der deuschen Zündholzindustrie ersucht, und zwar, weil die kelinen Zündholzfabriken sich über die zunehmende Macht des Schwedentrustes beklagten. Die Untersuchung ergab damals tatsächlich, daß bereits durch Aufkauf deutscher Fabriken etwa drei Viertel der deutschen Produktion an Zündhölzern unter schwedischem Einfluß stand. Nach eingehenden Beratungen mit den Vertretern der Zündholzindustrie und einer Vernehmung des Herrn Ivar Kreuger, zu der dieser sich, obwohl er als Ausländer dazu nicht verpflichtet war, zur Verfügung stellte, kam der Reichswirtschaftsrat zu einem Vorschlag, aus dem dann das jetzt bestehende Zündholzkartell entstanden ist.

Dieses Zündholzkartell ist unter Mitbeteiligung des Reiches gegründet. Die Schweden sind gezwungen worden, auf die Vorrechte zu verzichten, die ihnen ihr überragender Einfluß in der Produktion in jedem Privatkartell gesichert hätte. Das Stimmrecht in den Kartellorganen ist so gestaltet worden, daß das Reich einen Einfluß auf die Preisfestsetzung und die Kontrolle der Geschäftsführung voll in der Hand hat. Es ist deshalb ganz ausgeschlossen, daß jetzt etwa eine privatmonopolistische Ausbeutung durch die Schweden um den Preis einer Anleihe bewilligt werden könnte.

Eine andere Frage ist es natürlich, ob man nicht allmählich dazu kommen muß, ein Staatsmonopol für Zündhölzer einzuführen. Schon bei dem Abschluß des privaten Zündholzkartells wurden Stimmen laut, die ein solch reguliertes Privatmonopol nur als eine Uebergangserscheinung ansehen wollten. Was aber die Regierung nach dieser Richtung hin vorhat, hält sie vorläufig noch geheim. Die Methoden dieser Geheimhaltung sind sehr bedauerlich. Denn auf diese Weise sind nun schon seit Tagen in immer weiteren Kreisen Diskussionen über die Projekte geführt worden, die nicht geeignet sind, die Autorität der Regierung im Lande zu stärken. Im Gegenteil, es besteht bei der Art der politischen Agitation in Deutschland die Gefahr, daß auch aus dieser Blüte wieder Honig für die Verhetzung gesorgt wird.

Bereits vor einer Reihe von Tagen ist der Redaktion der „Vossischen Zeitung" aus Börsenkreisen die Mitteilung zugetragen worden, daß mit Ivar Kreuger wegen eines Zündholzmonopols verhandelt wird. Wir haben damals eine Regierungsstelle, die wir für zuständig halten mußten, in Kenntnis gesetzt und sie gebeten, entweder zu dementieren, oder die Oeffentlichkeit in einer Weise vorzubereiten, die das Aufkommen falscher Versionen verhindert. Das ist leider nicht geschehen, sondern statt dessen ist, wie das in Deutschland ja üblich ist, „um Diskretion" gebeten worden. Wir haben diese Diskretion gewahrt. Inzwischen sind die Gerüchte weiter gegangen, und die „B. Z." hat die ihr von einem Berichterstatter übermittelte Nachricht, die dieser auf offenem Markt hörte, veröffentlicht.

Die „B. Z." hat diese Veröffentlichung vorgenommen, nachdem ihre Redaktion zwei Stunden hindurch vergeblich versucht hatte, durch telefonische Rückfragen bei den Ministerien sich zu informieren. Man hat dort weder dementiert noch den Wunsch nach einer bestimmten Form der Veröffentlichung zum Ausdruck gebracht, sondern sich in Stillschweigen gehüllt. Danach war der „B. Z." gar nichts anderes möglich, als das, was sie gehört hatte, zu drucken. Schon weil sie ja wußte, daß die Nachricht nun doch nicht mehr „geheim" war. Wie recht sie damit gehabt hat, beweist die Tatsache, daß der „Deutsche Handelsdienst" eine entsprechende Meldung bereits erhebliche Zeit vor Erscheinen der „B. Z." an der Börse verbreitet hat.

Wenn das Wolffsche Telegrafenbüro, das nunmehr endlich einen Bericht über die mit Ivar Kreuger stattgefundenen Verhandlungen ausgibt, andeutet, daß sich weitere Verhandlungen durch die Veröffentlichung zerschlagen haben werden, so ist das eine ebenso bösartige wie unzutreffende Ausrede derjenigen Kreise, die in Wirklichkeit die Schuld daran tragen, daß die öffentliche Meinung nicht gründlich genug in dieser Frage unterrichtet worden ist. Wenn Zeitungen, die sich nicht unlauterer Methoden bedienen, etwas veröffentlichen, so ist das in der Regel ein Zeichen dafür, daß ein großer Personenkreis bereits Kenntnis von den Dingen besitzt. Denn diese Kenntnis weiterer Personenkreise ist ja die Quelle der Zeitungsinformationen. Es ist Sache der Pressestellen der Behörden, dafür zu sorgen, daß, wenn eine Nachricht nun einmal so weit bekannt ist, die Presse so gründlich informiert wird, daß sie auch das veröffentlichen kann, was der Regierung wünschenswert erscheint. Unmöglich aber ist es in solchen Fällen, den Kopf in den Sand zu stecken und womöglich die Veröffentlichung verhindern zu wollen. Denn erst daraus entstehen Möglichkeiten der Ausbeutung für die politischen und wirtschaftlichen Interessenten.

Es ist jetzt immer so viel die Rede davon, daß die Ministerien lernen müssen, auf der Klaviatur der Presse zu spielen. Davor scheinen sie eine Heidenangst zu haben. Ihre Hauptsorge besteht darin, daß das Klavier geschlossen bleibt.

Bhd.

(Siehe auch zweite Seite)

Kabinett und Finanzreform

Der Kampf um die Arbeitslosen-Reform

Das Reichskabinett ist seit heute vormittag, zum erstenmal nach mehreren Monaten wieder unter dem Vorsitz des Reichskanzlers, versammelt. Die wichtigsten Sorgen der Regierung liegen zunächst auf innerpolitischem Gebiet, und im Vordergrund steht noch immer die Reform der Arbeitslosen-Versicherung. Die Mehrheit für die beiden Gesetzentwürfe, zu deren Beratung der Reichstag auf Montag einberufen wurde, ist noch immer nicht gesichert. Es ist in der „Vossischen Zeitung bereits angedeutet worden, daß die Möglichkeit einer Ueberwindung der parlamentarischen Schwierigkeiten in der Erweiterung des Themas gesehen wird, das heißt, daß das Problem der Arbeitslosen-Versicherung nicht losgelöst von dem der Finanzreform behandelt wird.

Reichsfinanzminister Hilferding hat heute dem Gesamtkabinett seinen Finanzeform-Plan vorgelegt, der selbstverständlich auf der Voraussetzung aufgebaut ist, daß der Young-Plan vom Reichstage angenommen wird, und daß infolgedessen der Etat auf der Ausgabenseite im kommenden Haushaltsjahre um rund 700 Millionen entlastet sein wrd. Diese bedeutende Ersparnis an Reparationsleistungen soll u. a. auch zu Steuersenkungen benützt werden. Im Rahmen dieses Finanzprogramms wird sich für die Lösung des Versicherungsproblems, soweit die finanzielle Seite in Betracht kommt, leichter ein Weg finden lassen.

Zunächst handelt es sich darum, daß innerhalb des Kabinettes die Richtlinien des finanziellen Handelns festgelegt werden. Die Aussprache mit den Fraktionen wird erst am Montag stattfinden können, weil das Zentrum seine Mitglieder auf Sonntag nach Berlin gerufen hat. Die Deutsche Volkspartei ist, wie berichtet wurde, bei der Verweigerung einer Beitragserhöhung für die Arbeitslosen-Versicherung geblieben. Daraus zu folgern, daß die Regierungsmehrheit nun auseinanderfallen, und daß es zu einer Krise kommen wird, ist zumindest sehr voreilig. Der „Vorwärts" spricht heute allerdings davon, daß, wenn die Beitragserhöhung vom Reichstag abgelehnt werden sollte, „dieser ablehnenden Mehrheit die Aufgabe zufallen würde, die Reform der Arbeitslosen-Versicherung ohne Beitragserhöhung durchzuführen", das heißt, die Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Daß bei der augenblicklichen politischen Konstellation eine solche Eventualität nicht in Frage kommt, liegt auf der Hand. Denn einerseits geht die Hugenbergsche Taktik darauf aus, das Regieren mit wechselnden Mehrheiten unmöglich zu machen, andererseits ist der Gedanke, daß Zentrum und Deutsche Volkspartei Arm in Arm mit Hugenberg marschieren können, geradezu absurd. Die Deutschnationalen schalten sich, solange sie im Kielwasser Hitlers segeln, aus jeder Kombination aus. Ernsthaft ist nur die Möglichkeit in Erwägung zu ziehen, daß die Deutsche Volkspartei zwar die Beitragserhöhung ablehnt, sich aber von einer Mehrheit überstimmen läßt, ohne daraus Folgerungen für ihr Verhältnis zu den anderen Regierungsparteien zu ziehen. Diese Mehrheit ohne Deutsche Volkspartei ist gegeben, wenn Demokraten, Zentrum und Bayrische Volkspartei mit den Sozialdemokraten für die Fassung der Regierungsvorlage stimmen, auf die sie sich geeinigt haben.

Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob es, um unangenehme Ueberraschungen zu vermeiden, sich nicht empfehlen würde, die Verabschiedung der Vorlagen bis zum Spätherbst zu vertagen und sich späterhin als Teil der großen Finanzreform zur Beratung zu stellen. Einflüsse in diesem Sinne haben sich besonders von volksparteilicher Seite schon vor mehreren Wochen geltend gemacht. Aber die Mehrheit im Kabinett ist offenbar der Auffassung, daß eine Entscheidung über die Versicherungsreform endlich herbeigeführt werden müsse. Die parlamentarischen Chancen sind doch keineswegs so ungünstig. Man darf annehmen, daß die kurze Tagung des Reichstages in der kommenden Woche ohne innerpolitische Erdbebenstöße vorübergehen wird.

Sklarek-Skandal dehnt sich aus

Noch immer Verhör der Stadtbankdirektoren

Neue Ermittlungen der Polizei

Die Untersuchung des Magistrats Berlin gegen die Direktoren der Berliner Stadtbank ist noch nicht zum Abschluß gelangt. Soweit sich bisher übersehen läßt, liegt eine strafbare Handlung nicht vor. Dennoch ist die Frage der Regreßpflicht akut geworden, auch wird ein förmliches Disziplinarverfahren kaum zu vermeiden sein. Die polizeilichen Emittlungen, die im Auftrage des Staatsanwaltschaftsrats Weißermel geführt werden, beschäftigen sich namentlich mit der Verfolgung zahlloser Hinweise, die schriftlich und telefonisch der Kriminalpolizei zugegangen sind.

Bisher sind einige hundert Fälschungen der Brüder Sklarek festgestellt worden. Allein in den Sommermonaten dieses Jahres sind. wie wir erfahren, den Sklareks auf diese Weise 3½ Millionen Mark in die Hände gefallen.

Nachdem die Kriminalpolizei die verhafteten Brüder Sklarek und den Sekretär Lehmann dem Vernehmungsrichter vorgeführt hatte, schien zunächst ein Abschluß der polizeilichen Ermittlungen erreicht zu sein. Wie wir hören, hat aber die eigentliche kriminalistische Arbeit erst jetzt begonnen.

Diese Arbeit beschränkt sich zunächst auf die Klärung zweier Fragen: Sind die Werte, die den Brüdern Sklarek nach ihrer Darstellung als Aktiven zur Verfügung stehen, wirklich so hoch, wie sie angegeben werden? Zweitens: welche Hintergründe hatte dieser Skandal?

Die Kriminalpolizei steht, wie wir erfahren, den Angaben der Brüder Sklarek über ihre Vermögenswerte etwas mißtrauisch gegenüber. Deshalb haben sich heute vormittag mehrere Beamte in Begleitung von Sachverständigen in das Sklareksche Lager begeben, dessen Wert von den Brüdern mit drei Mil-